

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

23.8.1927 (No. 194)

Die Lausanner Weltkirchenkonferenz

Am Samstag zu Ende gegangen. Aus dem Vortrage der Kommissionsberichte haben sich in den letzten Tagen einige Grundlinien des Lausanner Einigungswerkes herausgehoben. In der Schlussfassung wurden die letzten Worte in der endgültigen Fassung entgegengenommen und damit das Dokument von Lausanne abgeschlossen, das nunmehr mit sechs Abschnitten zu den sechs großen Themen der Konferenz vorliegt. Die kirchengeschichtliche Bedeutung dieses Dokuments ist würdigen und die hier niedergelegten Grundsätze der christlichen Einheit für die Praxis herauszuarbeiten, wird Aufgabe der Kirchen sein, denen die erarbeiteten Ergebnisse durch den Fortschrittsausschuss überreicht und zu eingehendem Studium empfohlen werden sollen.

Den Abschluß der Konferenz bildeten mehrere Reden von Vertretern der verschiedenen kirchlichen Gruppen. Der Bischof von Manchester stellt die Tatsache, daß diese Konferenz überhaupt habe stattfinden können, als das wichtigste Ergebnis von Lausanne dar. Man habe Großes erlebt, den Anfang einer Epoche in der Geschichte der christlichen Kirchen. Erzbischof Germanos, der Führer der orthodoxen Kirchen brachte den Dank seiner Kirchengruppe zum Ausdruck und äußerte sich zusammenfassend über das Werk von Lausanne: Wir haben den Anstoß gegeben zu einem Werk, welches von jetzt an nicht aufhören wird, die Geister der christlichen Welt zu bewegen.

Um das deutsche Kolonialmandat

Nach einem Telegramm aus London an das „Echo de Paris“ geht das Gerücht, daß die seit zwei Monaten schwebenden Verhandlungen zwischen Berlin und Rom über die Zuteilung eines Kolonialmandats an Deutschland vor dem Abschluß stehen. Man hält das Abkommen zwischen Dr. Stresemann und Mussolini für folgendes: Italien tritt in Genf und anderswo für die deutschen Kolonialansprüche ein, wogegen Deutschland die Priorität Italiens anerkennt, d. h., das erste Mandat soll Italien zuerkannt werden. Sind zwei Mandate zu verteilen, so werden sich Italien und Deutschland in dieselben teilen. In gewissen britischen Kreisen soll man der Abtretung Palästinas nicht ungünstig gesinnt sein. (?)

Hebung der deutschen Milchwirtschaft

Reichswirtschaftsminister Schiele hat bei Begründung der Posttarifnovelle Anfang Juli 1927 im Reichstag angekündigt, daß er mit den Ländern und landwirtschaftlichen Organisationen in Verhandlungen darüber eintreten werde, was zur Hebung der deutschen Milchwirtschaft getan werden könne. Im Verlaufe dieser Ankündigung hat er sieben ein Rundschreiben an die Landesregierungen gerichtet, dem wir folgenden entnehmen:

Infolge der außerordentlich hohen Einfuhr an Molkereierzeugnissen aus dem Auslande ist vielfach eine ausgesprochene Absatzkrise für deutsche Molkereierzeugnisse, insbesondere Käse hervorgerufen worden. Da die Milchviehhaltung vorwiegend in den Händen der landwirtschaftlichen Klein- und Mittelbetriebe ist, so bedeutet diese Entwicklung eine starke Gefährdung der bäuerlichen Existenz. Gleichzeitig stellen die hohen Einfuhren an Molkereierzeugnissen eine nicht mehr tragbare Belastung der deutschen Handelsbilanz dar. Infolge von handelsvertraglichen Bindungen kommen zur Zeit zur Bewältigung dieser Umstände zollpolitische Maßnahmen nicht in Betracht. Um so mehr sollten wir die Mittel ergründen, die aus eigener Kraft eine Besserung herbeizuführen vermögen. Hier sollen in erster Linie die Standarisierungsbemühungen der hierzu berufenen Stellen nach Kräften gefördert werden. Dazu soll die Qualität der gewonnenen Milch und der Molkereierzeugnisse allgemein gehoben werden. Ein besonderes Augenmerk soll auf eine Nationalisierung der Molkereibetriebe zu richten sein. Soweit die Verfeinerung von Standardkäse und die Erreichung der sonstigen Ziele davon abhängig ist, daß die modernen technischen Einrichtungen für die Milchgewinnung, den Milchtransport und die Milchverarbeitung ergänzt oder neu beschafft werden, ist die Reichsregierung entschlossen, sich für eine Bereitstellung der erforderlichen Mittel im Kreditwege einzusetzen.

Die Landesregierungen sind daher aufgefordert worden, anzugeben, welche Kreditbeträge für ihr Staatsgebiet voraussichtlich erforderlich sein werden und ob eine Verbilligung des Zinsfußes dieser Kredite geboten erscheint.

Sittierung von Berliner Nationalsozialisten

Ein Sonderzug, in dem 400 Berliner Nationalsozialisten von dem Parteitag der Hitlerleute in Nürnberg zurückkehrten, wurde Montag morgen 6 Uhr in Ketzow vor Berlin von der Polizei angehalten. Ein großes Aufgebot von Schutz- und Kriminalpolizisten nahm die Salenkreuzer in Empfang, verlor sie auf bereitstehende Lastkraftwagen und brachte sie in das Polizeipräsidium. Anlaß zu dem polizeilichen Eingreifen waren Meldungen aus Nürnberg und Erlangen gewesen, daß dort die Berliner Nationalsozialisten schwere Ausschreitungen begangen und einen Feriensonderzug des Vereins „Arbeiterwohlfahrt“ überfallen hätten. Zwei Berliner Nationalsozialisten waren bereits in Erlangen festgenommen worden. Obwohl die Berliner Ortsgruppe der Nationalsozialisten vor mehreren Monaten polizeilich aufgelöst worden war, trugen die Festgenommenen Uniformen und Abzeichen, wie wenn sie ein zugelassener Verband wären. Den Verhafteten wurden zahlreiche Hieb- und Stichwaffen und eine Reihe von Fahnen abgenommen. Nach ihrer Vernehmung wurden sie gegen Mittag wieder freigelassen; für den Fall des neuen Zusammenschlusses wurde ihnen scharfes polizeiliches Eingreifen angedroht.

Nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete, sowie preussische, bayerische, württembergische, sächsische und thüringische Landtagsabgeordnete haben, wie die „Deutsche Zeitung“ meldet, ein Telegramm an den Reichspräsidenten geschickt, in dem sie um Intervention wegen des Vorfalles bitten.

Deutscher und preussischer Städtetag in Magdeburg

Die Hauptversammlung des Deutschen Städtetages, die alle drei Jahre stattfindet, wird am 23. September in der neuen Stadthalle zu Magdeburg tagen. Im Mittelpunkt des Programms steht ein Referat des Präsidenten Dr. Müller über die zur Zeit besonders wichtige Frage: „Reichspolitik und Städte“. In der anschließenden Aussprache werden Vertreter der deutschen Selbstverwaltung zu der Frage Stellung nehmen. Die deutschen Städte aus dem gesamten Reichsgebiet werden Vertreter zu der Tagung entsenden. Die Reichsregierung, die Länderregierungen und eine große Anzahl von Behörden und Verbänden werden in Magdeburg vertreten sein. Im Anschluß an die Hauptversammlung des Deutschen Städtetages findet am 24. September die Jahresversammlung des Preussischen Städtetages statt.

Genfer Pressekonferenz. Die am 24. August beginnende Expertenkonferenz für Angelegenheiten der Presse wird einen großen Umfang annehmen. Es sind Delegierte aus fast sämtlichen europäischen und überseeischen Staaten zu erwarten. An der Konferenz nehmen teil Vertreter der Nachrichtenagenturen, der Zeitungsverleger, Redakteure und Korrespondenten, sowie Vertreter der Regierungspressbüros.

Sacco und Vanzetti hingerichtet

Trotz aller Bemühungen der Verteidigung ist die Hinrichtung Saccos und Vanzettis heute nacht in Boston erfolgt. Auch der Präsident des Obersten Bundesgerichts, Taft, hatte es abgelehnt, ein den Aufschub der Hinrichtung beantragendes Gesuch entgegenzunehmen, da, wie er erklärte, diese Angelegenheit außerhalb des Rahmens seiner Jurisdiktion liege. Vor den beiden mußte der Portugiese Madeiros den elektrischen Stuhl besteigen. Er betrat die Todeskammer nachts um 12,02 Uhr (amerikanische Zeit) und wurde um 12,09 Uhr für tot erklärt. Sacco folgte Madeiros um 12,11 Uhr und wurde um 12,19 Uhr für tot erklärt. Vanzetti betrat die Todeskammer um 12,20 und wurde um 12,28 Uhr für tot erklärt.

Montag Abend um 8,40 Uhr teilte der Gefängnisgouverneur Sacco, Vanzetti und Madeiros mit, daß sie in der Nacht sterben müßten. Vanzetti antwortete: Wir müssen uns dem Unvermeidlichen fügen. Sacco schrieb einen Brief an seinen Vater in Italien. Madeiros schlief. Als er aufgeweckt wurde, schien er gleichgültig. Sacco und Vanzetti haben allen religiösen Zuspruch abgewiesen. Sacco befand sich in einem Zustand völliger Erschöpfung. Er war zum Tode bereit. Eine herzerregende Szene spielte sich am Freitag ab, als ihn sein 14-jähriger Sohn besuchte. Der Verurteilte konnte nur einige Worte sprechen. Er hatte dem Sohn versprochen, einen Brief mit seinem letzten Willen zu schreiben. Die Hinrichtung der drei dauerte knapp eine halbe Stunde. Sacco war bleich aber standhaft und rief in italienischer Sprache: „Lang lebe die Anarchie!“. — Unmittelbar vor der Hinrichtung rief er seiner Familie ein Lebewohl zu. Am nächsten und am meisten gefaßt von allen Dreien beschränkt Vanzetti die Totenkammer. Er gab den beiden Wächtern die Hand und schritt auf den elektrischen Stuhl zu. Er beteuerte seine Unschuld und erklärte zum Schluß: „Ich verzeihe allen, die meine Hinrichtung herbeigeführt haben.“ Als die Schwester Vanzettis vom Gouverneur Fuller zurückkehrte, erklärte sie Pressevertretern, ihr Bruder habe sie gebeten, Gouverneur Fuller zu sagen, daß, wenn ihm mehr Zeit gewährt worden wäre, Tatsachen bekannt werden würden, die seine Unschuld beweisen.

Rundgebungen in aller Welt

Am Montag fanden noch in aller Welt Rundgebungen für die Verurteilten statt. In Boston wurde vormittags der Generalstreik verkündet. Die Straßen in der Nähe des Gefängnisses, in dem sich Sacco und Vanzetti befinden, waren für den Verkehr gesperrt. Das Gebäude selbst wurde stark bewacht. Maschinengewehre wurden in Stellung gebracht. Die Straßen in dem Teil der Stadt, in dem das Gefängnis liegt, waren vollkommen menschenleer. Über an jeder Straßenecke standen Polizisten. Im Bezirk Charlestown, der an das Gefängnis grenzt, und im Gebiet außerhalb der polizeilichen Absperrung drängten sich unzählige Fußgänger, als sich die Hinrichtungskunde näherte. In den mehrstöckigen Gebäuden, die an das Gefängnis grenzen, blühten zahlreiche Einwohner mit ihren Kindern aus den Fenstern heraus. In Cameron (Pennsylvanien) sprengte die Polizei eine Versammlung von 2000 Sacco- und Vanzetti-Anhängern unter dem Dohngeschrei der Menge mit Knüppel und Gasbomben. Die Streiks erreichten jedoch weder in den Vereinigten Staaten noch in Lateinamerika einen sehr bedeutenden Umfang.

Auch in Deutschland wurde eine Reihe von Rundgebungen veranstaltet. In Berlin fanden kommunistische Straßendemonstrationen statt. Im Süden der Stadt kam es dabei zu einem Zusammenstoß zwischen einem Demonstrationszug und dem begleitenden Polizeikommando. Die Polizei stellte mit Gummiröhren die Ruhe wieder her. Im übrigen verliefen die Demonstrationen ohne Zwischenfälle. Die amerikanische Volkspartei und das Generalkonsulat waren von starken polizeilichen Kräften abgeriegelt. In weiteren Zusammenstößen kam es in der Nacht an der Ecke der Leipziger- und Nauenerstraße nicht weit von der amerikanischen Volkspartei zwischen einem Demonstrationszug und der Polizei. Die Schutzpolizei ist alarmbereit, da auch für heute mit weiteren Rundgebungen gerechnet wird. Auf eine kommunistische Aufforderung gingen in Halle die Arbeiter zu einem großen Teil aus den Betrieben. Die Menge nahm eine drohende Haltung gegen die Polizei ein und bewarf diese mit Steinen. 64 Personen wurden zuwangsgeführt. In Breslau fanden wiederholt Ansammlungen vor dem amerikanischen Konsulat statt. Es wurden mehrfach Schüsse auf Sacco und Vanzetti ausgebracht. Mehrere Personen wurden festgenommen. In der 10. Abendstunde zerstreute die Polizei unter Anwendung von Gummiröhren weitere Ansammlungen.

Bei Rundgebungen in Genf und Zürich gab es Zusammenstöße mit der Polizei. Die mächtigen Fensterheben des Sitzungssaales, in dem der Völkerrundrat tagt, wurden von Demonstranten durch Steinwürfe zerschmettert und auch an anderen Plätzen Sachschäden angerichtet. In Genf richtete sich neben dem Polizeiposten, einem amerikanischen Weisheits, mehreren Autos und einer Bar die Wut der Demonstranten besonders gegen das Völkerrundratsgebäude. Die Vorhalle und der große Versammlungssaal sind mit Glascherben und Steinen förmlich bestreut. Unter der Menge befanden sich viele, die die jugendlichen Demonstranten große Steine. Junge Mädchen von 16-18 Jahren schlepften große Steine herbei. Der Angriff auf das Völkerrundratsgebäude wird von der Genfer Bevölkerung auf das schmerzhafteste beurteilt. Man weiß allgemein darauf hin, daß die Vereinigten Staaten ja dem Bunde gar nicht angehören, und man fragt sich, welches die eigentlichen Beweggründe der Demonstranten gewesen sind.

Die griechische Völkerrundratsdelegation. Die griechische Regierung hat Benellos gebeten, den Vorsitz in der griechischen Völkerrundratsdelegation zu übernehmen oder wenigstens ihr als Mitglied anzugehören.

Dawes lehnt die Präsidentschaftskandidatur ab. Vizepräsident Dawes hat in einem Schreiben an ein Mitglied der Young American Union eine Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen abgelehnt.

Stichtagsgesellschaft und Reichsbahn. Die Reichsbahnverwaltung wird, der „Voss. Ztg.“ zufolge, den Vertrag mit der Stichtagsgesellschaft, der seit sieben Jahren besteht, zum 1. Oktober 1928 kündigen. Nach der „Voss. Ztg.“ begründet die Reichsbahnverwaltung die Maßnahme damit, daß viele Reisende, die früher zweiter Klasse gefahren sind, und die es sich auch jetzt schon wieder leisten könnten, dritter Klasse fahren und sich einen Stichtag mit ins Koupée nehmen, wodurch die Eisenbahn geschädigt werde.

Danziger Antrag auf Rückgabe der Westerplatte

Die Danziger Regierung hat beim Völkerrundrat den Antrag eingebracht, das Munitionsbeden auf der Westerplatte wieder frei zu geben. Maßgebend für den Danziger Antrag ist die Tatsache, daß sich heute durch den Ausbau des Hafens von Gdingen die Verhältnisse wesentlich geändert haben. Der Senat weist in der Begründung seines Antrages darauf hin, daß das Munitionsbeden nur deshalb in den Hafen von Danzig verlegt worden sei, weil damals Polen über keinen eigenen Hafen verfügte. Der Senat erachtet den Völkerrundrat, das Munitionsbeden wieder dem Hafenausschuss zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig beantragt der Senat eine endgültige Entscheidung über die Frage des Fort d'Altache. Seitdem Polen über einen guten Hafen in Gdingen verfügt, hält der Senat auch das provisorische Abkommen, durch das den polnischen Kriegsschiffen Winterquartier im Danziger Hafen gewährt wird, für überflüssig. Der Senat stützt sich bei seinem Antrage in der Hauptsache auf die vom Völkerrundrat garantierte Verfassung, nach deren Bestimmungen Danzig seine Marinebasis sein darf.

Ungarn und der Vertrag von Trianon

Dem Völkerrundratssekretariat ist ein Schreiben des französischen Außenministers Briand, des Präsidenten der Völkerrundratskonferenz, zugegangen, in welchem er zur Kenntnis bringt, daß die Völkerrundratskonferenz nach Entgegennahme der Berichte der interalliierten Militärkontrollkommission über die Durchführung der allgemeinen Bestimmungen des Friedensvertrages von Trianon beschlossen hat, die Kommission aufzuheben. Bei dieser Gelegenheit glaubt die Völkerrundratskonferenz, die Aufmerksamkeit des Völkerrundrates auf die Vorbehalte der Kontrollkommission über die Anwendung der Rekrutierungsregeln in Ungarn lenken zu müssen. Die Kommission erklärt, daß sie von Anfang der Inkraftsetzung des Militärgesetzes von 1922 an sich Rechenschaft darüber ablegte, daß die Anwerbung neuer Soldaten meistenteils unter Zwang erfolge, während das Gesetz nur freiwillige Anwerbungen vorsehe. Um künftig eine ordnungsgemäße Rekrutierung zu ermöglichen, die mit den Vertragsbestimmungen in Übereinstimmung steht, ersuchte und erhielt die Kontrollkommission von der Völkerrundratskonferenz die Festsetzung genauer Regeln, welche im wesentlichen bestimmen, daß das jährliche Kontingent neuer Anwerbungen 3720 Mann nicht übersteigen soll. Wenn die ungarische Regierung ihre diesbezüglichen Verpflichtungen genau einhält, wird die Rekrutierung der ungarischen Armee nach den Bestimmungen des Vertrages erfolgen. Die Rekrutierung der Unteroffiziere hat ebenfalls Anlaß zu zahlreichen Verletzungen gegeben. Die Völkerrundratskonferenz hat sich veranlaßt gesehen, der ungarischen Regierung gewisse feste Regeln vorzuschreiben, welche die Verpflichtung übernommen hat, diese innezuhalten.

Kurze Nachrichten

Die Zustände im Memelgebiet werden infolge der nationalistischen Diktatur, für die die litauische Regierung verantwortlich ist, immer unhaltbarer, so daß deutschseits in Kovno bereits neue Vorbereitungen erhoben wurden. Jetzt sucht mit gebrochener Unverfrorenheit und Unwahrscheinlichkeit die offizielle Kovnoer Zeitung „Ketuba“ den Stiel umzu-drehen. Sie meldet, daß die litauische Regierung sich in einer an die deutsche Regierung gerichteten Note über die Haltung eines großen Teils der deutschen Presse gegenüber Litauen beschwert habe, da die litauische Regierung diese Haltung als feindselig und dem Prestige des Staates abträglich ansehen müsse. Wie das Wollfische Büro dazu berichtet, ist eine solche Note weder beim Auswärtigen Amt noch bei der deutschen Gesandtschaft in Kovno eingegangen.

Der deutsch-belgische Untersuchungsausschuss. Die Berliner Blätter beschäftigen sich eingehend mit der Einsetzung des kürzlich beschlossenen Untersuchungsausschusses in der Frage der Verletzungen des Völkerrechtes während des Krieges. Die Pariser Zeitung „Soir“ wünscht, daß dieser Ausschuss durch den Völkerrundrat eingesetzt werde. Zur Zeit finden zwischen Deutschland und Belgien diplomatische Besprechungen hinsichtlich der Frage der Einsetzung dieses Ausschusses statt.

Amerikanische Gäste in Berlin. Montag Vormittag empfing Oberbürgermeister Böß im Berliner Rathaus eine Abordnung der amerikanischen „Luther-Weisheitsgesellschaft“, die sich vor allem aus Mitgliedern der Missouri-Synode zusammensetzt, die in engster Glaubensgemeinschaft mit der evangelisch-lutherischen Kirche von Sachsen und anderen Staaten steht. Oberbürgermeister Böß sprach den Herren den Dank der Stadt Berlin für die zur Vinderung der Not in der Nachkriegszeit geleistete Hilfe aus.

Rundgebung gegen den Wiener Bürgermeister in Tirol. Nach einer Meldung aus Innsbruck ist in St. Johann am Arlberg der dort in der Sommerfrische weilende sozialdemokratische Bürgermeister von Wien, Seih, durch Wiener-anhänger aufgefordert worden, St. Johann und Tirol verlassen zu verlassen, da sonst die Tiroler nachhelfen müßten. Eine für Samstag abend geplante Rahmenmusik wurde durch Gendarmen verhindert, und es kam nur zu einer unbedeutenden Demonstration. — Auch bürgerliche Wiener Blätter wenden sich dagegen, daß ein Bundesbürger als Opfer der Parteizugehörigkeit in seinem Rechte der Freizügigkeit geschädigt wird. Der Affront widersetzte letzten Endes auch Wien.

Gemälde-Ausstellung anlässlich des 60. Geburtstages von Prof. Hellweg

Anlässlich des 60. Geburtstages von Professor Hellweg ist unter dem Protektorat des hiesigen Gesandten Dr. Honold in der Galerie Eduard Schulte, Berlin, Unter den Linden 75, eine Hellweg-Ausstellung zusammengestellt worden. Sie enthält eine stattliche Zahl von Gemälden des Künstlers, die in zwei besonderen Sälen gruppiert sind, die einen anschaulichen Überblick über die Arbeiten und die Entwicklung des Meisters geben. Die Bilder in dem ersten Raum stammen aus der Zeit bis zum Kriege, sie stellen großenteils Vorwürfe norddeutscher Landschaften oder der englischen Küste dar und entsprechen der derzeitigen künstlerischen Auffassung. Besondere Erwähnung verdienen zwei große Stücke, Darstellungen der London-Brücke, von denen das eine vom Reichsaussenminister Dr. Stresemann und das andere, in etwas größerer, aber sonst ähnlicher Ausführung von Reichsfinanzminister Dr. Köhler erworben sind. Die Bilder in dem zweiten Saal zeigen auf den ersten Blick eine durchaus andere Kunstauffassung, zwei Bilder geben davon Zeugnis, daß der Künstler auch durch den Expressionismus gewandert ist, um sich aber schnell wieder davon frei zu machen, und um einer neuen modernen Richtung weiter zu huldigen, wobei ihm hauptsächlich die Küste des Mittelmeers und Großbritannien, hauptsächlich die Küste des Mittelmeers und Großbritannien, als Vorbild gedient hatte. Die geschickte Zusammenstellung ist durchaus geeignet, sich den Beifall des Besuchers zu sichern.

Badischer Teil

Tabakausstellung

Die Badische Landwirtschaftskammer beabsichtigt, falls genügend Anmeldungen eingehen, die Tabakausstellung auf der 84. Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Leipzig mit einer Sammlung badischer Tabake zu beschicken. Die auszustellenden Proben in unfermentiertem Zustand müssen spätestens bis 1. Dezember, in fermentiertem bis spätestens 1. Mai an die Landwirtschaftskammer eingekauft sein; letztere sind jedoch bis 1. Januar 1928 anzumelden. Für die Ausstellung kommen in Betracht Sandblatt-, Mittel- und Obergutmuster von Zigarrentabak, Schneidtabak und Kollende. Menge: 1 1/2 Kilogramm jeweils, versehen mit Anhängelzettel, auf dem Anschrift des Absenders und Art des Tabakes vermerkt ist. Es werden Ehren- und Geldpreise, sowie Diplome verliehen.

Der badische Feuerwehrverband

Hielt in Lahe eine Landesausschussung ab, in der verschiedene Beschlüsse gefaßt wurden. So sollen vor dem 1. Mai 1928 bestimmte Richtlinien für das Ehrenkreuz durch den Verleihungsausschuss festgelegt werden, die dem Landesausschuss zur Genehmigung vorgelegt werden müssen. Zur Vereinheitlichung der Uniformen der Landesausschussmitglieder sollen diese vom Landesverband einheitlich angefertigt werden. Außerdem soll als weitere Kennzeichnung der Mitglieder eine silberne Binde getragen werden, die vom Landesausschuss ausgegeben wird. Der Präsident und der Vizepräsident sind durch ein golddurchwirktes Ärmelstück auszuzeichnen, der Präsident mit zwei Sternen, der Vizepräsident mit einem Stern und den badischen Wappen in Gold. Bei den Bezirksämtern, soweit es sich um die Kreise 2, 3, 4 und 11 handelt, soll angeregt werden, daß diese den Wehren der betreffenden Kreise anheimstellen, die Einteilung der Kreise nach den politischen Kreisen vorzunehmen. — Führerturfe sollen in diesem Jahre nicht mehr stattfinden.

Lohnbewegungen in Baden

Noch keine Einigung in der Rüstindustrie. Der Streik in der Rüstindustrie ist, wie aus Tottmann gemeldet wird, bisher noch nicht beendet. Die bestreikten Fabriken haben bekannt, daß Arbeitswillige am 22. August wieder anfangen können, andernfalls sie als entlassen gelten. Die Streikleitung fordert dagegen die Streikenden auf, sich an ihre Verordnungen zu halten.

Massenauftreten der Rheinwasserfliege

Ähnlich dem Massenauftreten der Maitäfer in den Maitäferjahren, tritt auch die Rheinwasserfliege in gewissen Jahren derart stark auf, daß man die Tiere zu Milliarden über dem Rheinpiegel gleich einem Schneegestöber tanzen sieht. Bei besonders starkem Auftreten bedecken dann die Leichen dieser ein Zoll langen Tierchen handhoch die Ufer des Stromes und bilden das sogenannte Ufermoos. Die Larven am Grunde des Stromes und seiner Nebenflüsse machen eine mehrjährige unvollkommene Verwandlung durch. Nach der letzten Verwandlung zu der Imago treten urplötzlich an einem sonnigen Abend im August alle Imagines zur gleichen Stunde, am selben Tage auf dem ganzen Rheinstrom vom Bodensee bis zum Niederrhein auf. In diesem Jahre war dies am 19. August der Fall. Die Tiere fliegen nur ein paar Stunden zum Zwecke der Begattung, der kurz darauf die Eiablage der Weibchen am Ufer des Stromes folgt. Dann ist die ganze Herrlichkeit vorbei und die Nachkommen führen wieder ein verborgenes mehrjähriges Larvenleben. Deren Nahrung besteht aus niederen Tieren, besonders kleinen Insekten. Im Rhein tritt diese „Vierelstagsfliege“ nicht mehr überall so stark auf wie früher, da die Verschmutzung des Stromes durch Abwässer stark zunimmt und das niedere tierische Leben am Grunde unmöglich macht. So flogen auch dieses Jahr oberhalb Basel die Rheinwasserfliegen sehr stark, während unterhalb Basel bis Neuenburg der Flug nur gering oder fast gar nicht zu beobachten war. Ein deutlicher Hinweis auf die Verschmutzung des Oberrheins durch die Abwässer der Stadt Basel und seiner chemischen Fabriken.

Gemeinde-Rundschau

Die neuen Feuerlöschgeräte für den Bezirk Mosbach. Die vom Bezirkswohnungsverband Mosbach mit Unterstützung der Landesfeuerwehrlasse bei der Firma Karl Leh, Feuerlöschgerätefabrik in Karlsruhe gekauften Feuerlöschgeräte sind in Mosbach eingetroffen. Geliefert wurden eine Überlandautomobilspitze — Leistung 1000 Liter bei 80 Meter Gesamtförderhöhe — mit aufgeprojekter kleiner Motorspitze und 5 fahr- und tragbare Motorfeuerlöschspitzen — Leistung je 350 Liter bei 50 Meter Gesamtförderhöhe. Am Dienstag vormittag wurde mit der Automobilspitze eine Probefahrt durch den Bezirk unternommen, die von Mosbach über Fahrnbach, Reichenbach, Redargerach, Guttensbach, Breitenbronn, Neunkirchen, Aglasterhausen, Obrißheim, Redareiz, Mosbach führte und auf der schwierigen Wegstrecke zur Zufriedenheit aller Beteiligten verlief. Nachmittags war die Abnahmeprüfung sämtlicher Spritzen durch den Beauftragten der Gebäudeversicherungsanstalt, Laurat Salzer in Karlsruhe. Der Abnahmeprüfung wohnten der Vorsitzende des Bezirkswohnungsverbands, Landrat Dr. Fr. Pfaff, Regierungsrat Schmitt und sämtliche Bezirksauschussmitglieder bei. Sowohl die Automobilspitze als auch die Motorspitzen entsprachen den gestellten Anforderungen, wurden vom Wohnungsverband abgenommen und den erschienenen Vertretern der Gemeinden übergeben. Die Automobilspitze wird in Mosbach aufgestellt, je eine Motorspitze in Aglasterhausen, Fahrnbach, Redargerach, Neudenau und voraussichtlich in Fahrnbach.

Die Gasversorgung in Redargemünd. Am Samstag abend hielt im Bürgerausschussaal zu Redargemünd Oberbaudirektor Kufel aus Heidelberg einen aufklärenden Vortrag über die zur Zeit schwebende Frage der Gasversorgung Redargemünds. Fast überall spielt die Gasfrage jetzt eine große Rolle. In den Vereinigten Staaten wird pro Kopf der Bevölkerung fünf Mal und in England drei Mal so viel Gas verbraucht als in Deutschland. Darum muß auch bei uns in den Dörfern der Gasverbrauch eingeführt werden. Das Heidelberger Gaswerk besteht jetzt 75 Jahre, und es ist zu verwundern, daß Redargemünd heute noch kein Gas hat. Im Vergleich mit Elektrizität zeigt sich die Billigkeit des Gaskostens. Elektrizität ist eben für Licht und Kraft, das Gas für Wärme. In der dem Vortrag folgenden Aussprache kam zum Ausdruck, daß die Durchführung des Projektes allgemeiner Wunsch ist.

Bürgermeisterwahlen. Von den Kandidaten zur Bürgermeisterwahl in Oberbach haben Dr. Kaufmann aus Heidelberg und Dipl.-Kaufmann Mühlig ihre Kandidatur für den zweiten Wahlgang zurückgezogen. Dem allein noch verble-

benden Kandidaten Dr. Franz Berlin, früher Heidelberg, wird voraussichtlich ein neu hinzugekommener Bewerber, ein Landrat a. D., entgegengestellt werden. — In Langenbrücken (Bruchsal) wurde bei der Bürgermeisterwahl an Stelle des aus Gesundheitsrücksichten zurückgetretenen langjährigen und verdienten Gemeindeoberhauptes Biegemeyer einstimmig Franz Josef Ruhn zum Bürgermeister gewählt.

Erweiterung des Friedhofes von Achern. Zur Erlangung von Entwürfen für die Erweiterung des Friedhofes der Stadt Achern und zum Neubau einer Friedhofskapelle war ein engerer Wettbewerb ausgeschrieben. Das Ergebnis war: 1. Preis: Brunisch und Heidl, Karlsruhe, 2. Preis: Vogel und Langstein, Karlsruhe, 3. Preis: Brunisch und Heidl, Karlsruhe. Anlauf Pfeiffer und Großmann.

Bau eines Wächnerinnenheims in Lahe. Der Bezirkskrankenhaus-Verbandsausschuss Lahe hat sich für den Bau eines Wächnerinnenheims entschlossen, da die heutigen Verhältnisse — es steht nur ein Saal im Krankenhaus zur Verfügung — in keiner Weise mehr genügen. Das Heim, für dessen Errichtung 47 000 M bewilligt wurden, soll an das Hofierhaus angebaut werden. Anstelle des jetzigen Hofierhauses wird eine Parade für Infektionskrankheiten mit zwölf Betten erstellt, wofür 18 000 M vorgesehen sind. Die Errichtung eines Wächnerinnenheims beim Bezirkskrankenhaus war aus sozialen und gesundheitlichen Rücksichten nötig.

Das neue Krankenhaus von Singen a. S. In Anwesenheit von Prof. Dr. Billing, Karlsruhe, Bürgermeister Dr. Kaufmann, Singen, und zahlreicher Mitarbeiter, fand am Samstag im Kreuzsaal zu Singen a. S. das Richtfest zum neuen Krankenhaus statt. Die Innenarbeiten sollen den Winter hindurch ohne Unterbrechung fortgeführt werden, so daß als Zeitpunkt der Eröffnung der nächste Sommer in Aussicht genommen ist. Prof. Dr. Billing gab anlässlich des Richtfestes einen Überblick über die Entstehung und die Notwendigkeit des Baues.

Eine geteilte Gemeinde. Eine Seltenheit in der politischen Einteilung Badens bildet die Gemarkung Tiefenstein, deren Einwohnerschaft als ein an sich wirtschaftlich völlig selbständiger Ortsteil aus Tiefenstein gerne eine selbständige Gemeinde gebildet wissen möchte. Dem stehen jedoch alte Gerechtigkeiten gegenüber, die geändert werden müßten, womit sich die Beteiligten nicht ohne weiteres einverstanden erklären. Die Gemarkung Tiefenstein gehört zum Bürgermeisterrat Mühlwühl, das Großteil der Schappespinerei gehört zu Niederwühl, die Rost unten an der Alb und die Säge gehören zu Schwühl, die Mühle und die Häuser darum gehören zu Schwühl, dazu noch ein Teil der Fabrik, und die Gemarkung gehört pfarramtlich zu Götzwühl. Das einzige was vorhanden ist, ist wenigstens eine eigene Schule. Alle Versuche, eine eigene Gemeinde zusammenzubringen, sind bis jetzt gescheitert.

Staatsanzeiger

Die Rechnungsergebnisse der Gebäudeversicherungsanstalt für das Jahr 1926.

Die vom Verwaltungsrat der Gebäudeversicherungsanstalt vorgelegte Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben, sowie über das Vermögen der Anstalt für das Geschäftsjahr 1926 wird nachstehend gemäß § 65 BGB zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Der Minister des Innern:

J. V.: Föhrenbach.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben, sowie über das Vermögen der Gebäudeversicherungsanstalt für das Jahr 1926.

A. Einnahmen und Ausgaben.

| Einnahmen | Soll | | Hat | | Rest | |
|--|------------|-----|------------|-----|------------|-----|
| | RM | Sfl | RM | Sfl | RM | Sfl |
| 1. Rückstände aus früheren Jahren, sowie Kassenrest aus voriger Rechnung | 1 208 267 | 78 | 1 180 954 | 68 | 27 313 | 10 |
| 2. Beiträge für 1926 | 10 738 292 | 04 | 10 515 555 | 64 | 222 736 | 40 |
| 3. Zinsen von angelegten Kapitalien | 1 249 579 | 03 | 1 249 579 | 03 | — | — |
| 4. Ertrag aus Liegenschaften | 18 155 | 42 | 18 095 | 41 | 60 | 01 |
| 5. Ersatz von Einschätzungskosten | 46 882 | 42 | 43 271 | 51 | 3 610 | 91 |
| 6. Angelegte Kapitalien | 18 097 255 | 35 | 5 988 923 | 59 | 12 108 331 | 76 |
| 7. Für fremde Rechnung, sowie Verichtigung irriger Kassenbucheinträge | 6 285 885 | 65 | 4 468 912 | 71 | 1 816 972 | 94 |
| 8. Verschiedene und zufällige Einnahmen, sowie Abgang an Ausgaberesten | 58 007 | 81 | 57 997 | 31 | 10 | 50 |
| Summe der Einnahmen | 37 702 326 | 10 | 23 523 290 | 48 | 14 179 035 | 62 |
| Ausgaben | Soll | | Hat | | Rest | |
| | RM | Sfl | RM | Sfl | RM | Sfl |
| 1. Rückstände aus früheren Jahren ohne Entschädigungen | 513 860 | 73 | 513 860 | 73 | — | — |
| 2. Kosten des Einzugs der Beiträge | 435 749 | 09 | 420 000 | — | 15 749 | 09 |
| 3. Verwaltungsaufwand: | | | | | | |
| a) persönlicher | 174 268 | 99 | 174 268 | 99 | — | — |
| b) sachlicher | 41 580 | 38 | 41 580 | 38 | — | — |
| 4. Entschädigungen: | | | | | | |
| a) aus früheren Jahren | 2 767 320 | 67 | 1 741 181 | 08 | 1 026 139 | 59 |
| b) vom laufenden Jahre | 8 324 956 | 04 | 5 555 143 | 93 | 2 769 812 | 11 |
| 5. Schätzungskosten | 366 638 | 62 | 366 638 | 62 | — | — |
| 6. Öffentliche Abgaben und andere Lasten | 763 579 | 27 | 763 053 | 07 | 526 | 20 |
| 7. Bauaufwand | 8 361 | 80 | 8 361 | 80 | — | — |
| 8. Zinsen für Schuldkapitalien (Pensionsfonds) | 3 121 | 60 | 3 121 | 60 | — | — |
| 9. Angelegte Kapitalien | 7 062 622 | 90 | 7 062 622 | 90 | — | — |
| 10. Für Grundstücke | 202 992 | 20 | 202 992 | 20 | — | — |
| 11. Für Verforgung der im Dienste der Anstalt stehenden Personen und deren Hinterbliebenen | 81 161 | 60 | — | — | 81 161 | 60 |
| 12. Für fremde Rechnung, sowie Verichtigung irriger Kassenbucheinträge | 5 866 896 | 66 | 5 760 130 | 60 | 106 766 | 06 |
| 13. Kassenrest an künftige Rechnung | 867 905 | 31 | 867 905 | 31 | — | — |
| 14. Verschiedene und zufällige Ausgaben, sowie Abgang an Einnahmeveresten | 42 429 | 27 | 42 429 | 27 | — | — |
| Summe der Ausgaben | 27 523 445 | 13 | 23 523 290 | 48 | 4 000 154 | 65 |
| Summe der Einnahmen | 37 702 326 | 10 | 23 523 290 | 48 | 14 179 035 | 62 |
| Rithin Mehreinnahme | 10 178 880 | 97 | — | — | 10 178 880 | 97 |

B. Darstellung des Vermögens- und Schuldenstandes.

| I. Vermögen: | RM | | Sfl | |
|--|---------------|-----|------------|-----|
| | RM | Sfl | RM | Sfl |
| 1. Liegenschaften | 459 826 | 20 | — | — |
| 2. Ausstehende Kapitalien | 12 106 448 | 36 | — | — |
| 3. Einnahmeverste | 324 228 | 84 | — | — |
| 4. Kassenborrat | 867 905 | 31 | — | — |
| 5. Fahrnisse | 19 373 | 94 | — | — |
| 6. Ersatzforderungen an die Gebäudeeigentümer | 11 200 000 | — | — | — |
| Summe des Vermögens | — | — | 24 977 782 | 65 |
| II. Schulden: | RM | | Sfl | |
| | RM | Sfl | RM | Sfl |
| 1. Zu leistende Entschädigungen | 4 013 606 | 05 | — | — |
| 2. Versorgungsfonds | 81 161 | 60 | — | — |
| 3. Aufwertungsschuld an während der Inflationszeit notwendig gewordenen Anleihen | 350 000 | — | — | — |
| 4. Ausgabeverste (ohne Entschädigungen) | 123 041 | 85 | 4 567 899 | — |
| Reines Vermögen 1926 | — | — | 20 409 883 | 66 |
| und zwar: | | | | |
| a) Liegenschaften- und Fahrniswert | 479 200.14 | RM | — | — |
| b) Betriebs- und Ausgleichsfonds | 19 930 683.51 | — | — | — |
| zusammen wie oben | 20 409 883.65 | RM | — | — |

In dem 19 930 683 RM 51 Sfl betragenden Betriebs- und Ausgleichsfonds ist die erst im Jahre 1927 eingehende Umlage mit voraussichtlich 11 200 000 RM entfallen (O.-B. I. C.), so daß das am 31. Dezember 1926 verfügbare Vermögen 8 730 683 RM 51 Sfl beträgt.

Der Verwaltungsrat der Gebäudeversicherungsanstalt:
Arnold.

Der Vorschlag der Stadtgemeinde Rheinfelden für das Rechnungsjahr 1927/28, der in der letzten Bürgerausschuss-Sitzung zur Beratung stand, wurde einstimmig angenommen. Er sieht an Einnahmen 1 044 156 M., an Ausgaben 1 290 743 M. vor, so daß ein ungedeckter Aufwand von 246 587 M. verbleibt. Als Umlage sollen erhoben werden vom Grundvermögen 130 Hundertteile zu 52 Pf., vom Betriebsvermögen 21 Pf. und vom Gewerbeertrag 890 Pf. — Zur Zeit sind in Rheinfelden 92 Wohnungen im Bau, von denen der größte Teil bereits im Rohbau vollendet ist. Im Laufe des nächsten Frühjahrs soll durch die Gemeinde eine Turnhalle und Badeanstalt errichtet werden. Auch die Verhandlungen über den Bau einer Gewerbeschule sind eingeleitet.

Aus der Landeshauptstadt

Badisches Landestheater

Vollständliche Platzmiete — verbilligte Platzsicherung

Im Angeigentell läßt das Landestheater zur vollständlichen Platzmiete und zur verbilligten Platzsicherung ein. Die im vorigen Jahr herabgesetzten Preise der Einrichtungen für den Dauerbesuch haben eine erfreuliche Vermehrung der Stammbesucher gebracht. Der ideale Zweck der Preisermäßigungen, wie ihn ein Kulturinstitut wünschen muß, nämlich der einer Steigerung des Besuches, wurde erreicht; nicht ganz entsprach die Maßregel jedoch den Hoffnungen auf eine wesentliche Hebung der Gesamteinnahmen. Es soll aber trotzdem an den billigen Preisen für den Dauerbesuch festgehalten und von einer Regulierung der Eintrittspreise nach der Entwicklung der Ausgaben dem Vorgang anderer öffentlicher Betriebe (Post, Straßenbahn usw.) abgesehen werden, obwohl auch dem Landestheater durch die Gehalts- und Lohnbewegungen Ausgabenerhöhungen nicht erspart geblieben und noch weiter zu erwarten sind. Die Platzmiete und die Platzsicherung werden von der neuen Spielzeit an noch mit weiteren Vorteilen gegenüber den Tagesbesuchern durch Erhöhung des Preisnachlasses bei Vorstellungen außer Miete von 10 Proz. auf 15 Proz. ausgestattet. Außerdem sind die Preise im 1. Rang ermäßigt worden. Der Entschluß zum Dauerbesuch ist dadurch noch mehr erleichtert. Er sollte aber bald und noch vor Beginn der Spielzeit gefaßt werden — denn die billigen Preise gelten nur bei der Lösung einer vollen Jahresplatzmiete und nicht beim Zugang nach Beginn der Spielzeit — im letzteren Fall tritt eine Preisermäßigung durch die vertraglichen Nachzahlungen ein. Die Entrichtung der Mietpreise ist erleichtert durch 10 Monatsraten, auf Wunsch durch Abbuchung an den Guthaben bei der Sparkasse und den Banken.

80 Jahre alt. Heute vollendet hier der in weiten Kreisen bekannte Obergeometer a. D. Ludwig Keller sein 80. Lebensjahr. Bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1912 war er als Geometer tätig. Daneben widmete er sich mit ganz besonderer Vorliebe der Musik. Als Schöpfer von mehr als 100 Werken für Klavier, Orgel und Chorgesang, Orchester usw., ist er weit über die Grenzen des Landes hinaus bekannt. Der Jubilar erfreut sich heute noch einer guten Gesundheit und eines vorzüglichen Gedächtnisses.

Wiener Operette im Konzerthaus. Heute wird Franz Lehars neue Operette „Paganini“ zum 7. Mal mit Eva Meyer und Willi Wahle in den Hauptrollen wiederholt. Die mit außerordentlichem Beifall aufgenommene Schwankoperette „Adieu Mimi“ mit Claude Raimond als Mimi geht morgen, Mittwoch zum 5. Mal in Szene. Als nächste und letzte Neuheit dieser Spielzeit wird die Operette „Schwalbennest“ von Bruno Granichstäden einstudiert und am Freitag, 20. August zum 1. Mal gespielt. Die Autoren haben eine reizvolle Utiwieners Geschichte in so geschickten Bildern auf die Bühne gebracht, daß der Erfolg diesem Werk überall treu blieb.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Die Hauptmassen des Tiefdruckgebietes entfernten sich immer mehr nach Nordosten. Nur Randwirbel, von denen heute einer über der Biskaya liegt, werden unsere Bitterung vorerst noch beeinflussen. Auf dem Abschluß der bisherigen zyllonalen Wetterlage beruht und in den nächsten Tagen mit Übergang zu besserer Bitterung gerechnet werden kann. Voraussichtliche Witterung für 24. Aug.: Zeitweise Aufbitterung, vorerst noch einzelne Regenfälle, strichweise in Gewitterbegleitung. Temperaturten wenig verändert.

Kurze Nachrichten aus Baden

* Dittigheim (bei Tauberbischofsheim), 22. Aug. Am heutigen Tag feierte Bürgermeister Ferdinand Weckmann in voller körperlicher und geistiger Mäßigkeit seinen 70. Geburtstag. Mehr als die Hälfte seiner Lebensjahre, 37 Jahre hindurch, war er ununterbrochen Mitglied der hiesigen Gemeindeverwaltung. Seit mehr als 20 Jahren steht er an der Spitze der Gemeinde und war jederzeit ein besorgter Verwalter im Haushalt der Gemeinde.

DJ. Eberbach a. N., 22. Aug. Am Sonntag feierte Bürgermeister Dr. Weß seinen 70. Geburtstag. Dem um das Wohl der Stadt hochverdienten Jubilar wurden mancherlei Ehrungen zuteil.

* Aus dem Odenwald, 22. Aug. Seit über einer Woche liegt das Brotgetreide, Korn und Spelz, geschnitten auf den Feldern, ohne daß eine Möglichkeit bestand, es bei diesem anhaltenden Regenwetter einzufahren. Ein Teil ist schon ausgewaschen und so für den menschlichen Genuß unbrauchbar geworden. Gerste und Hafer stehen überreif auf den Feldern. Die schweren lästigen Regen haben dieses Getreide bereits auf den Boden gedrückt. Tritt in den nächsten Tagen kein besseres Wetter ein, so ist mit dem Verlust der Getreideernte im badischen Odenwald zu rechnen, ein Schaden, der in viele Hunderttausende gehen würde.

* Weinheim, 22. Aug. Der Seimatverein Alt-Weinheim erhielt dieser Tage von der Vereinigung Alt-Waldbshut eine Urkunde zugewandt, durch welche der Verein zum Ehrenmitglied der Vereinigung Alt-Waldbshut ernannt wurde. Zwischen Alt-Waldbshut und Alt-Weinheim bestehen seit Jahren freundschaftliche Beziehungen.

DJ. Heidelberg, 22. Aug. Vom 10.—17. d. M. wurden hier 3500 Fremde gezählt, darunter 2367 Ausländer. Die Gesamtziffer ab 1. Januar d. J. erhöht sich damit auf 127 360 Fremde, darunter 22 553 Ausländer.

DJ. Baden-Baden, 22. Aug. Während auf der Bühne eine ununterbrochene Schauspielerinnen, Elsa Erler, ihre Rolle spielt, trat im Zuschauerraum leise und sanft der Tod herein und brachte das Herz ihrer Mutter zum Stillstehen. Am die Vorstellung nicht abzubrechen, gab man Fel. Erler erst nach Schluß derselben Kenntnis davon.

bid. Bühl, 22. Aug. Das ehemalige erste badische Leibgrenadierregiment Nr. 109 hielt am Samstag und Sonntag den mittelbadischen 100er-Tag in den Mauern der Stadtgemeinde Bühl ab, die festlichen Schmuck angelegt hatte. Als Auftakt der Veranstaltungen fand am Samstagabend ein großer Zapfenstreich statt, dem ein geselliger Abend folgte. Der Sonntag wurde eingeleitet durch ein Weken. Um 9 Uhr wohnten die Krieger den Gottesdiensten bei, denen um 11 Uhr die große Gedächtnisfeier für die Gefallenen im Stabgarten am Denkmal Großherzog Friedrich folgte. Nachmittags feierte um 2 Uhr der Festzug sich in Bewegung. Einen stattlichen Zug stellten die badischen Leibgrenadiere mit ihren Fahnen, mit den Altkameraden in mit Blumen geschmückten Wagen. Nach Beendigung des Festzuges nahm ein geräumiges Festzelt, das prächtig ausgeschmückt war, die Krieger auf, die hier ein paar gemüthliche Stunden miteinander verlebten und Gelbes wieder aufzuspüren. Ein Feuerwerk nach Anbruch der Dunkelheit beschloß den kameradschaftlichen Tag.

* Badenweiler, 22. Aug. Am Anfang dieses Jahres betrug die Gesamtbesuchszahl 7436 Personen, d. h. ca. 1000 Gäste mehr im Vergleich zu der Fremdenzahl zu derselben Zeit im Vorjahre. Die Zahl der zur Zeit anwesenden Fremden beträgt 1280. In Anbetracht des unbefriedigenden Wetters ist diese Zahl eine befriedigende Frequenz.

DJ. vom Schwarzwald, 22. Aug. Nachdem das Getreide in vielen Gegenden des Bezirks Willingen verregnet worden war, ist es infolge des anhaltenden Regens unmöglich, mit der Ernte zu beginnen. Bis jetzt konnte noch fast nichts in die Scheunen gebracht werden, und es wird vieles verderben, wenn die Bitterung nicht bald umschlägt.

DJ. Waldbshut, 22. Aug. Bei schönem Wetter konnten gestern hier die Chiltzifestlichkeiten beginnen, zu denen sich eine außerordentlich große Zahl Besucher von weit und breit eingefunden hatte. Die althistorischen Gruppen des Festzuges fanden überall größten Beifall. Unter den Festhänden befanden sich solche aus den Jahren 1468 und 1748. Den Schluß der historischen Gruppen, unter denen man außer den hohen Leuten von Bern, Luzern, Zürich, Uri, St. Gallen, die Reihigen von Solothurn und Schaffhausen beobachtete, bildete die Vereinigung Alt-Waldbshut, in der Mitte das neue „Waldbshuter Wännen“. Auf dem Chiltzifest entwickelten sich am Nachmittag das übliche fröhliche Leben. Auch die Junggesellen mit dem traditionellen Chiltzibock durften nicht fehlen.

DJ. Dogern (Amt Waldbshut), 22. Aug. Gestern entstand in dem Wohnhaus des Bürgermeisters Econdie, Josef Knecht Witwe Erben, Franz Winkler und Josef Güner Feuer, das in kurzer Zeit die Anwesen in Schutt und Asche legte. Die Bewohner konnten nur noch das Leben retten. Die Ehefrau des Josef Güner erlitt schwere Brandwunden und mußte ins Waldbshuter Krankenhaus gebracht werden. Ein Teil des Viehbestandes verbrannte. Franz Winkler kommt als Brandstifter in Frage und hat bereits ein Geständnis abgelegt. Der Gebäudeschaden wird auf rund 28 000 M., der Fahrnißschaden auf 13 600 M. geschätzt.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

| | 23. August | | 22. August | |
|-----------------------|------------|--------|------------|--------|
| | Geht | Kommt | Geht | Kommt |
| Amsterdam 100 G. | 168,21 | 168,55 | 168,22 | 168,56 |
| Kopenhagen 100 Kr. | 112,43 | 112,65 | 112,45 | 112,67 |
| Stapel . . . 100 L. | 22,88 | 22,92 | 22,88 | 22,92 |
| London . . . 1 Pf. | 20,405 | 20,445 | 20,426 | 20,446 |
| Reisport . . . 1 D. | 4,1965 | 4,2045 | 4,197 | 4,205 |
| Paris . . . 100 Fr. | 16,45 | 16,49 | 16,45 | 16,49 |
| Schweiz . . . 100 Fr. | 80,91 | 81,07 | 80,94 | 81,10 |
| Wien 100 Schilling | 59,14 | 59,26 | 59,16 | 59,28 |
| Brag . . . 100 Kr. | 12,44 | 12,56 | 12,442 | 12,462 |

Gebesserte Geschäftslage der Schwarzwälder Industrie

Über die geschäftliche Lage der einzelnen Industrie- und Handelszweige auf dem Schwarzwald vom 1. Juli 1926 bis 1. Juli 1927 gibt die letzte Nummer der „Mitteilungen der Schwarzwälder Handelskammer zu Willingen unter anderem folgende Auskunft:

Seit Mitte des Jahres 1926 hat sich im großen und ganzen die geschäftliche Lage im Bezirk der Schwarzwälder Handelskammer recht verbessert. Die Uhrenindustrie hat die schwere Krise überwunden. Ihre Basis ist allerdings infolge dieser Krisis etwas geschwächt worden. Einige der größeren badischen Uhrenfabriken aus der Vorkriegszeit haben viel von ihrer ehemaligen Bedeutung verloren und konnten bis jetzt nur in einem wesentlich verringerten Umfang weitergeführt werden. Hierzu gehören zwei Massifuhrenfabriken. Ob diese beiden Unternehmungen die Möglichkeit gegeben sein wird, ihre frühere Bedeutung zurückzugewinnen, hängt in erster Linie davon ab, wie sich die Nachfrage nach solchen hochwertigen Qualitätsuhren entwickeln wird. Leure Uhren finden besonders im Inland nicht mehr in dem früheren Umfang Absatz. Das Publikum verlangt nicht mehr in dem Maße wie früher danach, daß das Uhrwerk eine so hervorragende Ausführung hat. In bemerkenswerten Veränderungen in der badischen Uhrenindustrie ist auch zu erwähnen, daß die badische Uhrenfabrik A.-G. in Furtwangen die Produktion von Taschenuhren aufgegeben hat. Der Bericht über die Produktion für Radioapparate aufgenommen hat. Der Bericht kommt dann auf den bekannten Zusammenstoß verschiedener Uhrenfabriken zu sprechen und bemerkt, es lasse sich zur Zeit noch nichts Bestimmtes darüber sagen, ob diesem Zusammenstoß noch weitere Zusammenstöße folgen werden. In der sonstigen Industrie des Kammerbezirks sind seit der Krisis bemerkenswerte Änderungen nicht eingetreten. Die wirtschaftliche Struktur ist im wesentlichen die gleiche geblieben. Auch in der Bevölkerungsbewegung ist keine wesentliche Änderung eingetreten. Trotz der Zunahme der Beschäftigung wird aber das Geschäftsjahr nach wie vor als ungünstig bezeichnet. Die Preise sind sehr gedrückt, so daß nur mit geringem Gewinn und teilweise auch mit Verlust verkauft werden muß.

Gedrücker Himmelsbach A.-G., Freiburg i. Br. In einer Gläubigerbeiratung wurde ein Bericht des Konkursverwalters entgegengenommen und einige schwebende Fragen besprochen. Jegendwelche Entscheidungen sind nicht gefallen, da sie schon ihrem Charakter nach als vorbereitende Sitzung zu endgültigen Beschlüssen über die Abwicklung des Konkurses nicht in der Lage war.

Verschiedenes

Schnee im Allgäu

Auf den Bergen im Allgäu zeigt sich seit Donnerstag Neuschnee. Im Tal halten die kalten Regenfälle an.

Operette im Konzerthaus
Morgen Mittwoch, den 24. August 1927, abends 7 $\frac{1}{4}$ Uhr
die Charleston-Operette
Adieu Mimi
Karten bei Müller, Kaiserstr., Holzschuh, Vorderstr., Brunnet, Kaiserallee, Verkehrsverein, Kaiserstr., Konzerthauskasse und teleph. (7260 zu M. 1.50—5.50. Donnerstag: Paganini. G. 621

Öffentliche Sparkasse Müllheim in Baden.

Bilanz auf 31. Dezember 1926.

| Vermögen. | M. | Verbindlichkeiten. | M. |
|--|--------------|---|--------------|
| 1. Kassenbestand | 11 062,46 | 1. Spareinlagen | 1 257 731,18 |
| 2. Guthaben bei Banken, Girozentralen und Postämtern | 49 024,80 | 2. Giro- und Kontokorrenteinlagen | 166 975,65 |
| 3. Wertpapiere | 1,— | 3. Anlehens- und andere Schulden | 4 760,94 |
| 4. Wechsel | 146 304,44 | 4. Ausgaberrückstände | 21,20 |
| 5. Darlehen a. Hypotheken | 113 323,55 | 5. Rücklagen: | |
| 6. Grundstücksaufgelber | 12 360,46 | a) gesetzl. Reservefonds | 113 976,48 |
| 7. Darlehen in laufender Rechnung an Private | 1 037 638,18 | 6. Reingewinn vom Jahre 1926 | 7 415,23 |
| 8. Darlehen a. Schuldschein | 112 172,53 | | |
| 9. Darlehen an Gemeinden | 58 558,— | | |
| 10. Einnahmerückstände | 10 433,26 | | |
| 11. Grundstücke u. Gebäude | 1,— | | |
| 12. Gerätschaften | 1,— | | |
| | 1 550 880,68 | | 1 550 880,68 |

Berechnung der Rücklage:
Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
5 % aus 1 424 706,83 M. Einlagen 113 976,48 M.
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1926 121 391,71
Somit mehr 7 415,23 M.
Müllheim, den 18. Juni 1927. R. 360
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Hermann Kurz, sen. Der Geschäftsführer: Adolf Schirmer.

Badisches Landestheater Karlsruhe.

Einladung zur Platzmiete und Platzsicherung 1927/28

(September 1927 bis Juli 1928)
Platzmiete 7 Abteilungen
2 Abteilungen — Donnerstag- und Freitagmiete (Wt. D und F) — kein Anteil an Sonntagsvorstellungen
5 Abteilungen mit wechselnden Tagen (A, B, C, E, G), Verpfichtung für 30 Vorstellungen (Oper, Schauspiel und Ballett in möglichst gleichmäßiger Verteilung auf die 7 Mietabteilungen). Mietpreisaufschlag bis zu 40 Prozent auf die untersten Tagespreise.
Jahresbeitrag: 66 M., 75 M., 84 M., 99 M., 108 M., 120 M., 126 M., 135 M., zahlbar in 10 allmählich abwärts gleitenden Monatsraten. Die Preise gelten nur beim Zugang von der 1. Vorstellung — miete, also beim Eintritt in die Platzmiete treten Zuschläge nach Vertrag ein. Bei Vorstellungen außer Miete wird den Platzmietern ein Preisnachschlag von 15 Prozent (bisher 10 Proz.) gewährt.
Platzsicherung für 30 beliebige Vorstellungen je häufig Oper und Schauspiel. Jahresbeitrag: 85,50 M., 109,50 M., 120 M., 127 M., 141 M., 166,50 M., 189 M. Ratenzahlung gestattet. Preisnachschlag 15 Prozent (bisher 10 Proz.).
Der Preis für die Plätze im I. Rang ist auf den des Sperrstuhls I. Wt. herabgesetzt.
Bei Gastspielen bedeutender Künstler wird den Platzmietern und den Inhabern einer Platzsicherung eine besondere Preisermäßigung erwirkt werden.

Guterhaltener Leichenwagen

ist zu verkaufen. Näheres beim Bürgermeisterramt Todtnau. G. 651
Druck G. Braun, Karlsruhe

Stadtgemeinde Staufen (Breisgau).

Infolge Verletzung des bisherigen Stelleninhabers in den Ruhestand ist die hiesige

Stadtrechner-Stelle

auf 1. November 1927 neu zu besetzen. Besetzung nach Gruppe VII mit Aufsteigungsmöglichkeit. Es können nur solche Bewerber — auch Verordnungsbeamter — berücksichtigt werden welche im Rechnungswesen bewandert und kautionsfähig sind. Bewerbungen mit Zeugnissen, Referenzen und selbstgeschriebenen Lebenslauf wollen bis 1. September d. J. eingereicht werden. Persönliche Vorstellung vorerst nicht erwünscht. Staufen, den 19. August 1927. Der Bürgermeister.



Güterrechtsregister.
Bruchsal. R. 351
Güterrechtsregistereintrag Band III Seite 165
Dr. Haack, Konrad Karl Friedrich, Fabrikant, und dessen Ehefrau Margarete gebor. Gottlöber in Bruchsal. Durch Vertrag vom 20. Juni 1927 ist die Gütertrennung nach den §§ 1426 ff. des BGB. vereinbart.
Bruchsal, 18. Juli 1927. Bad. Amtsgericht I.

Bereinsregister.
Karlsruhe. R. 370
Bereinsregistereinträge.
1. Badischer Landes-Bewohnungsfürsorge-Verein in Karlsruhe. 19. 8. 1927. Badisches Amtsgericht.

Güterrechtsregister.
Bruchsal. R. 351
Güterrechtsregistereintrag Band III Seite 165
Dr. Haack, Konrad Karl Friedrich, Fabrikant, und dessen Ehefrau Margarete gebor. Gottlöber in Bruchsal. Durch Vertrag vom 20. Juni 1927 ist die Gütertrennung nach den §§ 1426 ff. des BGB. vereinbart.
Bruchsal, 18. Juli 1927. Bad. Amtsgericht I.